

„Sympathiebekundungen reichen nicht“

Podiumsdiskussion der Ärztekammer Nordrhein zur Umsetzung der fünfjährigen Weiterbildung Allgemeinmedizin

Rund 100 Ärztinnen und Ärzte kamen kürzlich zu einer Diskussionsveranstaltung der Ärztekammer Nordrhein über die Umsetzung des Ärztetagsbeschlusses zur Weiterbildung Allgemeinmedizin in die Düsseldorfer Universität. Eingeladen waren vor allem chirurgische und internistische Chefärzte, deren Möglichkeiten zur Weiterbildung zusätzlicher Allgemeinmediziner ausgelotet werden sollten.

Der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Prof. Dr. Jörg Hoppe, erinnerte an den Beschluß des 100. Deutsche Ärztetages. Dieser hatte sich Ende Mai in Eisenach darauf verständigt, daß der Allgemeinmediziner der Hausarzt der Zukunft sein und sich für diese Aufgabe durch eine umfassende Weiterbildung qualifizieren soll. Der Ärztetag hat eine inhaltlich entsprechend neu gefaßte Weiterbildung in Allgemeinmedizin beschlossen und die Mindestweiterbildungszeit für die zukünftigen Allgemeinärztinnen und -ärzte von drei auf fünf Jahre verlängert.

Parallel zur inhaltlichen Neufassung hatte der Ärztetag Gesetzliche Krankenversicherung und Politik aufgefordert, im ambulanten und im stationären Bereich ausreichende und zusätzliche Weiterbildungsstellen bereitzustellen und angemessen zu finanzieren. So soll erreicht werden, daß die neue allgemeinärztliche Weiterbildung auch praktisch durchgeführt werden kann. Der Deutsche Ärztetag behielt sich vor, den alten Weiterbildungsgang endgültig erst dann durch den neuen zu ersetzen, wenn diese für seine Umsetzung erforderlichen Bedingungen erfüllt sind.

Gesundheitsminister drängen

Um die Möglichkeiten der Realisierung dieses Beschlusses ging es bei der Diskussionsveranstaltung Düsseldorf. Die Gesundheitsministerkonferenz der Länder habe sich die Umsetzung der Weiterbildung Allgemeinmedizin auf die Fahnen geschrieben, betonte der Abteilungsleiter Gesundheit im nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Ministerialdirigent Dr. Hans Sandler. Gefragt seien nun nicht „Sympathiebekundungen für die Idee, sondern Lösungsvorschläge, insbesondere im Krankenhaus“.

Auf das Mißverhältnis von jährlich rund 1800 weitergebildeten Internisten gegenüber etwa 450 Allgemeinmedizinerinnen wies dagegen Dr. Winfried Schorre hin, der Vorsitzende der KV Nordrhein und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Bei diesem Verhältnis sei die hausärztliche Versorgung auch künftig nicht allein durch Allgemeinärzte sicherzustellen.

„Es geht nicht darum, ob die fünfjährige Weiterbildung umgesetzt werden kann, sondern wie dies geschehen kann“, sagte Prof. Dr. Peter Helmich vom Lehrstuhl Allgemeinmedizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Er wies darauf hin, daß nunmehr zwei Ärztetage sich für eine spezifisch strukturierte Weiterbildung Allgemeinmedizin entschieden haben.

Erhebliche Probleme

Skeptisch gab sich dagegen Prof. Dr. Johannes Köbberling, Direktor der Medizinischen Klinik des Ferdinand-Sauerbruch-Klinikums Wup-

pertal. Er schilderte die Schwierigkeiten mit der Realisierung der Weiterbildung Allgemeinmedizin aus Sicht einer internistischen Krankenhausabteilung. Wenn eine größere Zahl von Kollegen in der Abteilung die allgemeinmedizinische Weiterbildung durchlaufe, betrage deren Verweildauer im Durchschnitt lediglich zwei Jahre.

Dies habe zur Folge, daß die Zahl jüngerer Ärztinnen und Ärzte in der Abteilung zunehme. Im klinischen Alltag werfe dies erhebliche Probleme auf, weil diese Kolleginnen und Kollegen nicht in gleicher Weise einsetzbar seien wie solche, die sich im vierten oder fünften Jahr der internistischen Weiterbildung befinden. Köbberlings Fazit: Angesichts der immer knapperen Stellenpläne im Krankenhaus sei diese zusätzliche Belastung nicht aufzufangen: „Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Kliniken das aus eigener Kraft schaffen sollen.“

Ähnlich äußerte sich Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Eigler als Fortbildungsbeauftragter der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, der sogar eine Begrenzung der Weiterbildungskapazitäten forderte. Eigler: „Letztlich können nicht alle, die in der Chirurgie tätig sind, zum Facharzt kommen.“

600 Millionen DM erforderlich

Ein grundsätzliches „Ja zur Förderung der Allgemeinmedizin“ sagte Hermann Rubbert für die AOK Rheinland. Er wies jedoch gleichzeitig darauf hin, daß eine unmittelbare finanzielle Beteiligung der Krankenkassen an Weiterbildungsgängen rechtlich nicht möglich sei. Reinhard Stadali von der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen betonte, daß die Krankenhäuser nur bedingt zur Vermittlung von allgemeinmedizinischer Weiterbildung geeignet seien. Rudolf Henke MdL, Landesvorsitzender des Marburger Bundes, bezifferte die Kosten für eine Umsteuerung der Weiterbildung entsprechend dem Ärztetagsbeschluß auf 600 Millionen DM. Hierzu müssen nach seinen Worten „alle etwas beisteuern“, auch die öffentliche Hand.

Horst Schumacher